

Mutmacher!



Foto: Jens Volle

Inhalt

Hintergrund

- Tax the rich! – 2 –
- Sozial-ökologische Industriepolitik – 4 –
- Stop Border Violence – 5 –
- Gegen die AfD auf der Straße – 8 –

Gastbeitrag

- Agrarproteste – 3 –

Kalender

- Rück- und Ausblick – 6/7 –

Aktiv

- Sommerakademie 2024 – 9 –
- #wirfahrenzusammen – 9 –

Portrait

- Menschen in Attac – 10 –

Kiosk

- Attac-Bildungsmaterial – 11 –

Ende Januar haben eine Million Menschen in Deutschland nicht tatenlos zugesehen, wie sich die faschistische Rechte immer breiter macht. Das macht Mut. Aber es kann nur ein Auftakt für das sein, was alle antifaschistischen Kräfte in den nächsten Monaten vor sich haben. Den großen Demonstrationen müssen im Sinne von »Hand in Hand: Jetzt solidarisch aktiv werden« breite Kampagnen folgen.

Die Europawahl ist ein Anlass, der rechten Propaganda entgegenzutreten. Bei aller berechtigten Kritik an der Politik der EU-Kommission und an zunehmender Abschottung gegen Flüchtlinge müssen wir deutlich machen: Unsere Alternative ist kein Zurück zum Nationalismus, sondern eine Stärkung der emanzipatorischen Kräfte im europäischen Parlament, eine Demokratisierung der europäischen Institutionen und eine konsequente europaweite Klimapolitik.

Auch beim Klimageld hat das Jahr 2024 mit großem zivilgesellschaftlichem Engagement

begonnen. Attac und viele große Umwelt- und Sozialverbände haben den politischen Druck erhöht und fordern gemeinsam von der Bundesregierung die Auszahlung des Klimageldes. Wir haben am Dreikönigstag in Stuttgart unsere Kampagne »Klimageld jetzt!« gestartet. Um der Instrumentalisierung der Abstiegsängste der Unter- und Mittelschichten durch die Rechten entgegenzuwirken, ist das Klimageld wichtig. Nur wenn die Menschen das Gefühl haben, dass es gerecht zugeht, werden sie die notwendigen Maßnahmen zum Klimaschutz mittragen. Deshalb ist eine schnelle Auszahlung der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung – wie im Koalitionsvertrag versprochen – unumgänglich. Ein Stück Umverteilung ist auch dabei: Familien mit niedrigem Einkommen und einem unterdurchschnittlichen CO₂-Verbrauch werden mehr Klimageld bekommen, als sie an CO₂-Preis bezahlen. Klimageld gegen Zukunftsinvestitionen auszuspielen geht gar nicht. Der sozial-

ökologische Umbau der Wirtschaft muss durch hohe Vermögen und durch die Abschaffung der Schuldenbremse finanziert werden.

Auch #wirfahrenzusammen vereint soziale und ökologische Kämpfe. Die Beschäftigten bei Bus und Bahn und – vor allem junge – Klimaaktivist*innen haben begriffen, dass »Gute Arbeit im ÖPNV und klimagerechte Mobilität für alle« zusammengehört. Unter diesem Motto rufen sie zusammen mit anderen Organisationen in mehr als 50 Städten zum Klimastreik am 1. März auf. Starke Beteiligung ist auch hier eine sinnvolle Zukunftsinvestition!

Das sind alles sichtbare Zeichen aus dem emanzipatorischen Lager. Aber machen wir uns nichts vor: Auf viele Herausforderungen angesichts der beängstigenden globalen Krisen haben wir noch keine angemessenen Antworten. Auf der Attac-Sommerakademie Ende Mai in Marburg (siehe Seite 9) werden wir weiter an Antworten arbeiten!

Europäische Bürgerinitiative für eine gerechte Vermögensbesteuerung

Tax the rich!

Unter dem Motto »Tax the rich« fordert eine neue Initiative, eine europäische Steuer auf große Vermögen einzuführen. Die Einnahmen aus dieser Steuer sollen der EU zufließen und zur Unterstützung eines sozial gestalteten Übergangs zu einer nachhaltigen Wirtschaft in der EU und weltweit dienen.

Attac unterstützt diese Initiative, die von namhaften Wissenschaftlern wie Gabriel Zucman, Politiker*innen wie Aurore Lalucq, betroffenen Vermögenden wie Marlene Englhorn und anderen initiiert wurde.

Schon seit langem fordert Attac die Umverteilung von oben nach unten und dies nicht nur in Deutschland, sondern gemeinsam im europäischen Netzwerk. Dies wird umso dringlicher, da die Ungleichheit stetig zunimmt. So stellt der Oxfam-Bericht 2024 fest, dass das Vermögen der reichsten fünf Männer der Welt seit 2020 von 405 auf 869 Milliarden US-Dollar gestiegen ist. Für Deutschland berichtet das Steuernetzwerk, bei dem Attac aktiv mitarbeitet, dass das Vermögen der Superreichen um 500 Milliarden Euro nach oben korrigiert werden muss, und dass sich der typische effektive Steuersatz auf Milliardenvermögen seit 1996 halbiert hat.

Um insbesondere die Konzentration des Reichtums in der Vermögensspitze (0,1% der Haushalte) umzukehren, hat Attac ein Gesamtkonzept an notwendigen steuerpolitischen Maßnahmen vorgelegt. In dem Attac-Basistext »Steuer-Revolution« sind diese Vorschläge zusammengefasst. Die Erhöhung der Einkommensteuer für Spitzenverdiener, die Wiederaufnahme der Vermögensbesteuerung und eine grundsätzliche Reform der Erbschaftbesteuerung sind dabei zentrale Elemente.

Die von der Initiative »Tax the Rich« geforderte Steuer auf hohe Vermögen bringt nun die Ungleichheitsdiskussion auf die europäische Ebene. Sie stellt einen wichtigen Kontrapunkt gegen die vorherrschende neoliberale Ausrichtung der EU dar, die durch ihre vorrangige Orientierung an Unternehmensinteressen zu steigender Ungleichheit und gesellschaftlichen Spaltungen führt.

Gegen eine neue europäische Steuer gibt es viel Widerstand, geraten doch damit die Steuerprivilegien in Gefahr, die von den Reichen in den letzten Jahren und Jahrzehnten durch intensive Lobbyarbeit auf nationaler Ebene erreicht wur-



Foto: Lisbeth Schreiber

den. Wie die Diskussion um die Gesamtkonzernsteuer aber zeigte, können solche Initiativen von unten erfolgreich geführt werden. Es gelang damit, dieses Thema erfolgreich in das Europaparlament zu tragen; die Attac-Initiative zu dieser Form der Unternehmensbesteuerung wurde übernommen. Auf globaler Ebene wird das Thema nun schrittweise umgesetzt. Es zeigt, dass mit solchen Initiativen erfolgreich ein europäischer Diskussionsprozess gestartet und nationalen Vorbehalten und Ängsten, Reiche oder Unternehmen würden abwandern, entgegengetreten werden kann.

Entsprechend der Petition sollen zukünftig die mit dieser Steuer erzielten neuen Eigenmittel der EU für einen gerechten ökologischen und sozialen Übergang verwendet werden, indem sie insbesondere in die noch schwach finanzierten EU-Bereiche der Beschäftigungs- und Sozialpolitik fließen und auch die Entwicklungszusammenarbeit stärken sollen. Umfragen bestätigen regelmäßig, dass eine breite Mehrheit der Bevölkerung diese Forderung unterstützt – nicht nur für Deutschland, sondern europaweit.

Eine Europäische Bürger*inneninitiative (EBI) ermöglicht es EU-Bürger*innen, gemeinsam die Europäische Kommission dazu aufzufordern,

sich mit einem Thema zu befassen oder eine neue Gesetzesinitiative zu ergreifen. Sie funktioniert im Prinzip wie ein Bürger*innenbegehren auf lokaler Ebene, stellt aber komplexe Anforderungen. So müssen innerhalb eines Jahres mindestens eine Million Unterschriften von EU-Bürger*innen gesammelt werden. Außerdem muss in einem Viertel der EU-Länder, also sieben, eine Mindestanzahl von Unterzeichner*innen erreicht werden. Alle Staatsangehörigen eines EU-Landes, die an Europawahlen teilnehmen dürfen (in Deutschland ab 16 Jahren), können sich beteiligen. Da die Initiative im letzten Herbst gestartet wurde, muss bis zum 9. Oktober 2024 das Unterschriftenquorum erreicht werden. Jetzt gilt es: Unterzeichnen!

Alfred Eibl engagiert sich in der Attac-Arbeitsgemeinschaft Finanzmärkte und Steuern und ist Mitglied im Koordinierungskreis von Attac.

Hier unterzeichnen:

<https://eci.ec.europa.eu/038/public>

Forderungen von Attac zu einer gerechten Vermögensbesteuerung:
attac.de/steuer-revolution

Debatte um die Streichung der Agrardieselrückvergütung

Nicht der Tropfen ist die Ursache



Foto: Stephanie Handtmann

Der Unmut der Bäuerinnen und Bauern ist groß: Die geplanten Streichungen der Agrardieselrückvergütung und der KFZ-Steuerbefreiung haben auch Bauernhöfe getroffen, die wirtschaftlich mit dem Rücken zur Wand stehen. Grund dafür ist die jahrzehntelang praktizierte Exportorientierung der Agrarpolitik, auch unterstützt vom Deutschen Bauernverband. Die Rücknahme der KFZ-Steuerbefreiung begrüßen wir von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Statt die Agrardieselrückvergütung nun stufenweise über mehrere Jahre auslaufen zu lassen, schlägt die AbL jedoch konkret vor, die bisher für alle Betriebe geplanten Kürzungen in den Jahren 2025 und 2026 erst ab einer Grenze von über 10.000 Litern anzuwenden. Liegt der Verbrauch der Betriebe unter dieser Schwelle, sind sie von den Kürzungen auszunehmen. Betrieben, die in den Jahren 2021 bis 2023 einen Dieselverbrauch von unter 10.000 Litern hatten, sollte die Rückvergütung mindestens bis 2028 weiter ausbezahlt werden. Diese Zeit muss politisch genutzt werden, um die Einführung von erneuerbaren Antriebsenergien zu fördern und praktikabel umsetzbar zu machen.

Wir sind davon überzeugt, dass die Ursachen für die aktuellen Proteste so vieler Bäuerinnen und Bauern sehr viel tiefer liegen als in der Streichung der Agrardieselbeihilfe und der KFZ-Steuerbefreiung. Bäuerinnen und Bauern bekommen die dringend notwendige Ökologisierung des Pflanzenbaus und den Umbau der Tierhaltung, hin zu umweltverträglich und artgerecht, aktuell weder über den Markt noch über die Förderung ausreichend wirtschaftlich honoriert. Gleichzei-

tig steigt der gesellschaftliche Druck zum notwendigen Umbau der Landwirtschaft immer weiter an. Dies drückt sich für die Bäuerinnen und Bauern in der Praxis zunehmend in ordnungsrechtlichen Auflagen und einem immer weiter steigenden bürokratischen Aufwand aus. Die Bäuerinnen und Bauern sind zudem noch immer nicht in der Lage, die damit verbundenen Mehrkosten innerhalb der Wertschöpfungskette am Markt weiterzugeben, obwohl Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir bereits zu seinem Amtsantritt medienwirksam angekündigt hatte, sich für gerechte Erzeugerpreise und eine bessere Marktstellung der Bäuerinnen und Bauern einzusetzen.

Mit den Empfehlungen der Borchert-Kommission sowie der Zukunftskommission Landwirtschaft liegen seit langem konkrete Konzepte vor, wie die notwendige Ökologisierung des Pflanzenbaus und der Umbau der Tierhaltung so gelingen kann, dass er mit wirtschaftlichen Perspektiven für den landwirtschaftlichen Berufsstand verbunden ist. Dass es weder die derzeitige Bundesregierung noch ihre Vorgänger vermocht haben, diese Empfehlungen in nennenswertem Umfang umzusetzen, ist nicht nur ein großer politischer Fehler und eine bislang vertane Chance, sondern es ist auch eine der Ursachen für die aktuellen Proteste. Der Deutsche Bauernverband hat in beiden Kommissionen mitgearbeitet, lässt aber Umsetzungswillen der Ergebnisse vermissen.

Martin Schulz, AbL-Vorsitzender und Schweinebauer, sagt: »Die Spitze des Deutschen Bauernverbandes hat sich mit ihrer Haltung, über

nichts anders als die Rücknahme des geplanten Ausstiegs aus der Agrardieselrückvergütung verhandeln zu wollen, ins Abseits manövriert. Damit wird zudem die Chance aufs Spiel gesetzt, jetzt substantielle Maßnahmen wie eine Tierwohl-Abgabe und die Stärkung der Verhandlungsposition von uns Bäuerinnen und Bauern am Markt politisch endlich durchzusetzen. Auch das Agieren von Finanzminister Lindner, der einseitige Vorschläge im Sinne der reinen Lehre der FDP macht, statt sich an den Inhalten des gemeinsam von der Ampel am letzten Donnerstag in den Bundestag eingebrachten Antrages zu orientieren, ist wenig hilfreich. Jetzt ist die Zeit für gemeinsame Lösungen, statt für weiteren Streit und das Beharren auf Partikularinteressen.«

Am 15. Januar gab es ein Gespräch zwischen den Fraktionsvorsitzenden der Ampelregierung und den landwirtschaftlichen Verbänden. Martin Schulz kommentierte: »Bei dem Gespräch am Montag haben die Fraktionsvorsitzenden der Ampel eingestanden, dass es in der Agrarpolitik kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem gibt. Sie haben außerdem zugesagt, noch in dieser Woche einen Antrag in den Bundestag einzubringen, der ein konkretes Maßnahmenpaket umfasst, das bis zum Sommer abgearbeitet wird. Statt der angekündigten Maßnahmen und einem Zeitplan haben die Fraktionen nun einen Antrag vorgelegt, der im Kern einen Fragenkatalog beinhaltet. Die AbL fordert die Ampel auf, den im Antrag enthaltenen Fragenkatalog durch das angekündigte Maßnahmenpaket zu ersetzen und dieses sofort auf den Weg zu bringen.«

Die AbL fordert in ihrem agrarpolitischen 6-Punkteplan: Sofortige marktpolitische Maßnahmen wie Vertragspflicht mit festem Preis vor Lieferung, Einführung einer Tierwohl-Abgabe, faire Bodenpolitik, einkommenswirksame Umweltmaßnahmen in der GAP, Umverteilung der GAP-»Einkommensstützung« hin zu Betrieben mit tatsächlichem Bedarf und Sicherung der Gentechnikfreiheit.

Die **Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft** (AbL) ist eine Attac-Mitgliedsorganisation. Herzlichen Dank für den Gastbeitrag!

Mehr Infos, auch zum 6-Punkte-Plan: abl-ev.de

Gedanken zu einer sozial-ökologischen Industriepolitik

»Grüner Kapitalismus« oder was?

Der klimagerechte Umbau der Wirtschaft drängt. Wie ein klima- und sozial gerechtes Wirtschaften aussehen soll, haben wir in Attac grob umrissen: Es soll klima- und naturverträglich sowie ressourcenschonend sein, soziale Ungleichheit sowohl nicht nur in Deutschland, sondern weltweit deutlich verringern, auf regionales Wirtschaften setzen, geschlechtergerecht sein, die Macht privater Akteure und kapitalistischen Wachstumszwang brechen sowie unnütze Produktion runterfahren. Wie wir das erreichen ist allerdings eine ganz andere Frage. Dafür braucht es eine schlüssige industriepolitische Position als Teil einer »transformativen Realpolitik«.

Das Konzept »grüner Kapitalismus« dominiert hierzulande die Diskussion über Transformationsstrategien. In dessen Mittelpunkt steht die Dekarbonisierung der Wirtschaft: Schädliche Emissionen sollen reduziert werden, um Klimaneutralität zu erreichen. Schnelle Dekarbonisierung ist unabdingbar, reicht aber nicht. Im »grünen Kapitalismus« bleiben Eigentumsverhältnisse und Verfügungsgewalt in privater Hand, und Wachstumszwang und strukturelle globale Ungleichheit bleiben bestehen.

Doch auch »grüner Kapitalismus« ist umkämpft. Fossilistische Industrien und ihre politischen Vertreter*innen wehren sich. Ihr Ziel ist ein vom Markt gesteuerter Energiemix, der neben erneuerbaren Energien auch LNG- und Gasimporte sowie Atomkraft umfassen kann. Aktuell läuft es auf eine »halbierte grüne Transformation des Kapitalismus« hinaus.

Erklärtes Ziel des »grünen Kapitalismus« ist die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit oder sogar Technologieführerschaft Deutschlands beziehungsweise Europas. Die systembedingte Konkurrenz zwischen den ökonomischen Blöcken (China, USA, EU u.a.) zwingt den Konkurrenten das auf und kann nicht weggeredet werden. Der Ausweg kann nur sein, einer globalen Neuordnung näherzukommen, die es vor allem Ländern des globalen Südens ermöglicht, aus Abhängigkeiten herauskommen. Die bisherigen deutschen »Klima- und Energiepartnerschaften« haben dabei als Teil von Rohstoffsicherungsstrategien einen zu neokolonialen Anstrich.

Zentral ist die Rolle des Staates. Inzwischen enthalten fast alle Beiträge aus unterschiedlichen Lagern die Mahnung, der Staat müsse



Foto: attac.de

sich mehr einmischen, verstärkt durch den »Inflation Reduction Act« der US-Regierung und die massive staatliche Förderung Chinas in grüne Technologien. Mehr gesellschaftliche Kontrolle ist auch Grundkonsens bei Attac. Fragt sich, wie und wofür? Welche wirtschaftlichen Sektoren sollten gefördert, welche geschrumpft werden?

Um Klimaneutralität zu erreichen, muss die industrielle Produktion dringend energetisch saniert werden. Große Umstellungen stehen beispielsweise in der Stahlindustrie beim Ersatz von Koks als Reduktionsmittel an. Diese Umstellung ist teuer und wird mit einigen Milliarden Euro öffentlich gefördert. Da die Kosten die mittelfristigen Gewinnmargen der beteiligten Konzerne übersteigen, scheint das – geknüpft an Standortsicherung und »gute Arbeit« gerechtfertigt, zumal ein Abwandern der Industrie in Länder mit niedrigeren Umweltstandards das Problem nur verlagert.

Aber was ist mit den Produkten? Stahl ist ein wichtiger Rohstoff, geht aktuell aber in großen Mengen in die Produktion von Autoblechen. Mit einem Rückbau des PKW-Verkehrs können Kapazitäten in der Stahlindustrie reduziert oder anders genutzt werden. Das wirft Fragen auf:

Wofür? Wer entscheidet unter welchen Kriterien, was nützliche und was schädliche Produkte sind? Was kann sich eine klimaneutrale Gesellschaft noch an Ressourcenverbrauch leisten? Dazu muss die Entscheidungs- und Verfügungsgewalt aus den Händen privater Kapitalbesitzer in gesellschaftliche Hand übergehen.

Die Eingriffstiefe gesellschaftlicher Intervention reicht dabei von Regulierung oder Verboten über Marktmechanismen wie Co²-Bepreisung oder grüne Leitmärkte und gezielte finanzielle Förderung bis zur direkten Einflußnahme durch Industriestiftungen oder vollständige Vergesellschaftung. Die demokratische Teilhabe kann in der Übergangsphase durch Transformationsräte erfolgen, in denen Interessen- und Bevölkerungsgruppen angemessen vertreten sind.

Es wird Zeit, intensiver darüber zu reden. Wir dürfen die Entscheidungs- und Verfügungsgewalt privater Kapitalbesitzer, die uns an den Rand des Klimakollapses gebracht hat, nicht länger hinnehmen. Auf der Sommerakademie in Marburg (siehe Seite 9) werden wir darüber beraten.

Achim Heier engagiert sich in der AG Jenseits des Wachstums und ist Mitglied im Rat von Attac.

Initiative für ein Ende der Gewalt an den europäischen Außengrenzen

Stop Border Violence



Foto: attac.de

Hochrangige AfD-Politiker*innen trafen sich im November im Geheimen mit Neonazis und finanzstarken Unternehmer*innen. Der rassistische Charakter des Treffens ist bekannt: Geplant wurde die Deportation von Millionen Menschen mit Migrationshintergrund aus Deutschland, ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit. Es ist ein Licht in dieser dunklen Zeit des erstarken Nationalismus, dass der Skandal um diese Zusammenkunft eine Welle des Widerstandes gegen die neuen Nazis in Deutschland ausgelöst hat.

Auch viele Parteienvertreter*innen standen bei diesen Demonstrationen auf den Bühnen, doch bei vielen ist ihre geäußerte Empörung über die Deportationsphantasien der Rechtsextremen wenig glaubhaft. Wenn beispielsweise die CDU eine Komplettauslagerung des Flüchtlingschutzes an Drittstaaten fordert oder der Kanzler mit markigen Worten konsequentere Abschiebungspolitik ankündigt, wird deutlich, wie wenig Wert inzwischen in fast allen Parteien auf das Asylrecht gelegt wird. Dies schlägt sich auch in konkreten Entscheidungen nieder, wie bei der aktuellen Verabschiedung des »Rückführungsverbesserungsgesetzes« oder auf EU-Ebene in der Einigung auf das »Gemeinsame Europäische Asylsystem« (GEAS). Es scheint, als sei die Abschottung gegen Flüchtende in Europa Konsens und kein Preis dafür zu hoch.

In der Präambel der EU-Grundrechtecharta heißt es: »Die Europäische Union gründet sich auf die unteilbaren und universellen Werte der Menschenwürde, der Freiheit, der Gleichheit

und der Solidarität.« Seit Jahren erleben wir jedoch die kontinuierliche und systematische Verletzung dieser Prinzipien. Unbestreitbare Beispiele dafür sind: die Militarisierung und Verlagerung der Binnen- und Außengrenzen, brutale Abschiebungen, Gewalt gegen Geflüchtete innerhalb der Mitgliedstaaten und auch in Drittländern, mit denen Europa Abkommen geschlossen hat, um Asylsuchende an der Einreise in das europäische Hoheitsgebiet zu hindern. In Kroatien, Frankreich, Griechenland, Italien, Spanien, aber auch in Libyen und der Türkei werden die Menschenrechte von Geflüchteten rücksichtslos außer Kraft gesetzt. Missbrauch und Gewalt sind zum dominierenden Merkmal der europäischen Governance im Umgang mit Migration geworden.

Die Festung Europa zeigt sich von ihrer unmenschlichsten Seite. Sie versperrt sichere Fluchtrouten und zwingt Flüchtende dadurch, lebensgefährliche Wege auf sich zu nehmen. In diesem Jahrhundert sind bereits zehntausende Menschen auf der Flucht auf dem Weg nach Europa gestorben – ertrunken, verhungert, erfroren oder durch Grenzsoldat*innen ermordet. Kriegerische Konflikte, die Verarmung durch Ausbeutung anderer Länder und ganzer Kontinente und die dramatische Verschlechterung der klimatischen Bedingungen zwingen Menschen aus anderen Teilen der Welt, diese Risiken auf sich zu nehmen. Doch statt sich ihrer Mitverantwortung für diese Fluchtgründe zu stellen, führt die EU Krieg gegen Flüchtende und nimmt ihren Tod billigend in Kauf.

Doch eine europäische Bürgerinitiative hält jetzt gegen diese Stimmung. Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) »Artikel 4: Folter und unmenschliche Behandlungen an den europäischen Grenzen stoppen« (#stopborderviolence) hat sich zum Ziel gesetzt, die Grenzgewalt zu beenden. Durch sie fordern die europäischen Bürger*innen direkt von der Europäischen Kommission:

1. Überwachungsmechanismen zur Aufdeckung und Unterbindung von Grundrechtsverletzungen und Handlungen, die die Menschenwürde verletzen, einzurichten – sowohl an den Grenzen als auch im gemeinsamen europäischen Raum;
2. aus internationalen Abkommen zur Kontrolle von Migrationsströmen mit Drittländern auszusteigen, die sich schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben, sowie solche Abkommen künftig zu unterlassen;
3. Mindestaufnahmestandards festzulegen, die für alle Mitgliedsländer und für die gesamte Dauer des Aufenthalts in ihrem Hoheitsgebiet gelten;
4. gegebenenfalls spezifische Sanktionen im Falle eines Verstoßes gegen EU-Vorschriften zu verhängen.

Die Initiative beruft sich auf Artikel 4 der Charta der EU-Grundrechte, der besagt, dass niemand Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden darf. Erreicht diese Initiative eine Million Unterschriften von EU-Bürger*innen, muss zu dem Thema eine Anhörung im EU-Parlament stattfinden. Außerdem muss die Kommission innerhalb von drei Monaten eine rechtliche und eine politische Stellungnahme erstellen und über die Notwendigkeit eines neuen Gesetzesvorschlags entscheiden.

Jetzt gilt es, nicht nur auf die Straße zu gehen, sondern aktiv für eine humane Asylpolitik zu streiten!

Georg Brzoska ist Vertreter von Attac im Bündnis Griechenlandsolidarität Berlin.

Webseite der Initiative:

stopborderviolence.org/de

Pressekonferenz der Vorstellung der Initiative:

link.attac.de/pressekonferenz-ebi



Protestaktion »EU-Mercosur stoppen: Kein Kuhhandel auf Kosten von Klima und Menschenrechten!« am Bundeskanzleramt. Foto: attac.de



Protestaktion »Her mit dem Klimageld!« beim FDP-Dreikönigstreffen in Stuttgart. Foto: Jens Volle

Rückblick

1. Dezember 2023

Krypto – der Traum vom schnellen Geld

Das Thema Krypto-Geld ist in den Medien sehr präsent und ist insbesondere unter jungen Menschen verbreitet. Viele sind sich jedoch nicht bewusst, dass es sich bei Krypto nicht um Währungen, sondern um hochriskante Spekulationsobjekte mit einer verheerenden Klimabilanz handelt. Attac möchte zu einer kritischen Auseinandersetzung und Reflexion des Phänomens beitragen und hat daher das Bildungsmaterial »Krypto – Der Traum vom schnellen Geld« veröffentlicht (siehe Seite 11).

4. Dezember 2023

EU-Mercosur stoppen: Kein Kuhhandel auf Kosten von Klima und Menschenrechten!

Attac protestierte gemeinsam mit weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen vor dem Kanzleramt in Berlin anlässlich des Besuchs des brasilianischen Präsidenten Lula da Silva. Wir begrüßten den Staatsgast mit der Botschaft »Kein Kuhhandel auf Kosten von Klima und Menschenrechten – Stoppen Sie EU-Mercosur«, die wir auf das Bundeskanzleramt projizierten. Attac kritisiert das Abkommen, weil es in seiner jetzigen Form Klima, Natur und Menschenrechte gefährdet. Wir fordern eine grundlegende Neuorientierung der EU-Handelspolitik, angepasst an die Herausforderungen der sozial-ökologischen Transformation, den Schutz der Menschenrechte und des Klimas.

13. Dezember 2023

COP28: Scheinlösungen und Profitinteressen statt Klimagerechtigkeit

Die Ergebnisse der 28. UN-Klimakonferenz (COP28) in Dubai sind unzureichend. Der fehlende Beschluss zum Ausstieg aus den fossilen

Energien, der zu einem Kompromiss zur Abkehr von fossilen Brennstoffen verwässert wurde, blockiert die notwendigen schnellen Maßnahmen, um den Klimakollaps zu verhindern. Das gilt auch für die Klimapolitik in Deutschland. Wir fordern, dass die Bundesregierung fossile Investitionen und Subventionen gesetzlich stoppt. Nur so kann sich Deutschland zu seiner historischen Mitverantwortung für die globale Klimakrise bekennen und zu einem tatsächlichen Vorreiter für klimasoziales Wirtschaften werden. Auch die Besteuerung der Superreichen und das Ende der Schuldenbremse sind erforderlich, um die notwendigen langfristigen Investitionen in ein klimaneutrales Wirtschaften überhaupt zu ermöglichen.

15. Dezember 2023

Klimageld jetzt! – Klimaschutz. Gerecht. Machen.

Durch die vorgezogene Anhebung des CO₂-Preises zum 1. Januar 2024 wird Heizen, Strom und Mobilität für alle noch teurer als bisher kalkuliert. Haushalte mit wenig Geld werden dadurch besonders belastet. Attac fordert, dass deshalb als sozialer Ausgleich zeitgleich das versprochene Klimageld eingeführt werden muss. Das Klimageld ist ein notwendiger Beitrag für eine radikale Klimapolitik. Nur wenn die Menschen das Gefühl haben, dass es gerecht zugeht, werden sie Klimapolitik mittragen.

18. Dezember 2023

Stop Border Violence – für ein Ende der Gewalt an den europäischen Außengrenzen

Attac unterstützt die Europäische Bürgerinitiative (EBI) »Artikel 4: Folter und unmenschliche Behandlungen an den europäischen Grenzen stoppen« und fordert ein Ende der Gewalt gegen Migrant*innen entlang der europäischen und externalisierten Außengrenzen (siehe Seite 5). Die EBI beruft sich auf Artikel 4 der

Charta der EU-Grundrechte, der besagt, dass niemand Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden darf.

6. Januar 2024

Her mit dem Klimageld – Protest bei FDP-Dreikönigstreffen

Attac-Aktivist*innen protestierten beim Dreikönigstreffen der FDP vor der Stuttgarter Staatsoper gegen die unsoziale und klimaschädliche Politik der Bundesregierung. Verkleidet als heilige drei König*innen versuchten sie, das versprochene Klimageld an Passant*innen auszugeben, wurden daran jedoch von Christian Lindner, Olaf Scholz und Robert Habeck – dargestellt ebenfalls von Aktiven – gehindert und in Ketten gelegt.

15. – 19. Januar 2024

Weltwirtschaftsforum in Davos

Das Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos ist Symbol für eine ungebändigte Globalisierung, die die Ausbeutung von Menschen und Ressourcen befeuert. Bei diesem Treffen von Kapitalist*innen und ihren Verbündeten spielen die Fragen von Krieg und Frieden, Armut oder Umweltschutz keine Rolle. Auch wenn sie vorgeben, zukunftsorientiert, nachhaltig und sozial zu sein, stehen bei allen Entscheidungen immer Eigeninteressen im Vordergrund: Es geht nur um den Profit! Die Superreichen und ihre Lobby wollen keine Krisen verhindern. Deshalb waren auch Attac bei den Protesten gegen das WEF dabei.

18. Januar 2024

Klimageld noch in dieser Legislaturperiode auszahlen!

Mit einem offenen Brief haben 19 Umwelt- und Sozialverbände – darunter Attac – Bundesfinanzminister Lindner aufgefordert, das



Attac-Block auf der »Wir haben es satt!«-Demo in Berlin.
Foto: attac.de



Wir sind die Brandmauer – gemeinsam stehen wir gegen Nazis!
Foto: attac.de

Klimageld noch in diesem Jahr auszuzahlen. Finanzminister Lindner hatte zuletzt verkündet, dass bis zum Ende der Wahlperiode im Herbst 2025 entgegen den Absprachen des Koalitionsvertrags keine Auszahlung des Klimageldes möglich sei und die Entscheidung über das Klimageld damit der nächsten Regierung überlassen. Attac fordert die sofortige Einführung des Klimageldes und dass damit alle Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung wieder ausgezahlt werden.

19. – 21. Januar 2024

Haltung zeigen gegen Faschismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit!

Am 10. Januar 2024 hat das gemeinwohlorientierte Medienhaus CORRECTIV Recherchen zu einem Treffen von Rechtsextremist*innen in Potsdam veröffentlicht. Besprochen wurde bei diesem geheimen Treffen ein Plan zur Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland. An dem Treffen beteiligt waren neben Rechtsextremen, zum Beispiel aus der Identitären Bewegung, verschiedene Unternehmer*innen, Mitglieder von der AfD und der Werteunion und weitere Personen aus weit rechtsstehenden Kreisen. Anlässlich dieser Recherche fanden bundesweit große Demonstrationen – mit Beteiligung vieler Attac-Aktivist*innen – in zahlreichen Städten gegen die AfD und zum Erhalt unserer Demokratie statt.

20. Januar 2024

Freihandelswahn stoppen – Agrar- und Ernährungswende jetzt!

Mit einem Block und unter dem Motto »Hochgiftige Pestizide und Gentechnik stoppen! BASF und Bayer sind tödlich!« beteiligten sich Attacians an der »Wir haben es satt!«-Demonstration in Berlin. Attac kritisiert, dass sich Export und Profit der deutschen Agrochemie-Großkonzerne

durch die geplanten Handelsabkommen mit Chile, Mexiko und dem Mercosur noch erhöhen. Die Menschen im Globalen Süden werden durch Pestizide vermehrt geschädigt. Nach Europa wiederum kehren giftige Pestizidrückstände in Importprodukten zurück.

24. Januar 2024

Neo-koloniale Ausbeutung verhindern – Lithium-Raub der EU in Chile stoppen!

Der EU-Ausschuss für internationalen Handel (INTA) hat in Brüssel getagt, um über das erweiterte Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und Chile zu beraten und eine Beschlussempfehlung für die Ratifizierungsabstimmung im EU-Parlament zu fassen. Attac forderte aus diesem Anlass die Ausschussmitglieder und EU-Abgeordneten auf, gegen die Ratifizierung zu stimmen und damit das Abkommen zu stoppen, denn ein gerechter und nachhaltiger Handel ist mit diesem Abkommen nicht durchzusetzen. Es folgt allein der veralteten neoliberalen Handelspolitik und dem bekannten Muster neo-kolonialer Ausbeutung in Ländern des Globalen Südens.

2. Februar 2024

Steuer-Revolution! – neuer AttacBasisText

Die Vermögensverteilung in Deutschland ist eine der ungleichsten der Welt. Einen Vorschlag für ein gerechtes und demokratisches Steuersystem stellen die Autoren Karl-Martin Hentschel und Alfred Eibl in ihrem Buch vor: Eine Steuer-Revolution, deren Eckpunkte Spitzensteuersätze über 90 Prozent wie in den 1950er-Jahren sind, und die außerdem Maximaleinkommen und Maximalvermögen für die Superreichen sowie ein faires Sozialsystem für alle Bürger*innen umfasst. Diese Maßnahmen sind zugleich ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit und Klimaschutz. Der Basistext ist im Attac-Webshop erhältlich.

3. Februar 2024

Wir sind die Brandmauer!

Attac hat gemeinsam im großen Bündnis mit über 1000 weiteren Organisationen zum dezentralen Aktionstag gegen den Rechtsruck und zu einer Menschenkette vor dem Bundestagsgebäude in Berlin aufgerufen. Gemeinsam protestierten Attac-Aktive mit vielen Menschen für eine offene, demokratische, plurale und solidarische Gesellschaft und gegen die rechte Normalisierung in Deutschland und Europa.

Ausblick

1. März 2024

Bundesweiter Klimastreik #WirFahrenZusammen

Gemeinsam mit Fridays for Future und Verdi streiken wir für faire Arbeitsbedingungen im ÖPNV und für eine soziale und klimagerechte Mobilität für alle.

13. und 14. April 2024

Frühjahrsratschlag

Wir treffen uns zum Attac-Frühjahrsratschlag in Fulda im Bürgerzentrum Ziehers-Süd.

30. Mai – 2. Juni

Attac-Sommertreffen

Unter dem Motto »Das Desaster verhindern! Zukunft gestalten: Sozialökologisch.gerecht!« treffen wir uns an der Richtsberg Gesamtschule in Marburg zur nächsten Sommerakademie, die in diesem Jahr wieder stattfindet. Wir wollen nicht an den gegenwärtigen Multi-Krisen verzweifeln. Stattdessen analysieren wir sie und diskutieren gemeinsam, wie wir dazu beitragen können, eine konsequente soziale und ökologische Wende und ein gutes Leben für alle zu erkämpfen.

Weitere Termine: attac.de/veranstaltungen

Ich gehe gegen die AfD auf die Straße!



Markus aus Darmstadt:

Ich gehe gegen die AfD auf die Straße, weil ich mir wünsche, dass von diesen Demos nicht nur ein Signal gegen die AfD ausgeht, sondern auch an die demokratischen Parteien: Es gibt eine Grenze nach rechts, die nicht überschritten werden darf. Leider lassen zum Beispiel die gerade erst verschärften Asylregeln erkennen, dass nicht alle Parteien diese Grenze nach rechts inhaltlich zu ziehen bereit sind. Lippenbekenntnisse reichen nicht, jetzt müssen Taten folgen!



Judith aus Rosenheim:

Ich gehe gegen die AfD auf die Straße, weil die Beteiligung an der Planung von Vertreibungen endgültig zeigt, dass die AfD eine Nazipartei ist. Wir müssen aus der Zivilgesellschaft nun deutlichen Druck aufbauen: Keine der anderen Parteien darf auch nur überlegen, die AfD zu tolerieren oder sogar in Koalitionen mit ihr einzutreten.



Patrick aus Wiesbaden:

Ich gehe gegen die AfD auf die Straße, weil ich in einer offenen, toleranten Gesellschaft leben möchte und mich gegen völkisch-identitäre Machtfantasien stelle.



Carmen aus Frankfurt:

Ich gehe gegen die AfD auf die Straße, weil die AfD eine Gefahr für die Demokratie ist. Ich engagiere mich für eine Gesellschaft, die solidarisch, menschenwürdig, sozial, offen, divers und gerecht ist – und das mit Blick auf alle Menschen, überall auf der Welt. Für eine Partei, die nur auf nationale Lösungen und rassistische und diskriminierende Ausgrenzung setzt, ist darin kein Platz!

Über eine Million Menschen sind in den vergangenen Wochen schon auf die Straße gegangen, um ein Zeichen gegen die AfD, gegen den Rechtsruck und gegen Menschenfeindlichkeit zu setzen. Überall waren auch Attacis mit dabei; hier erzählen sie, warum.



Sonja aus Bremen:

Ich gehe gegen die AfD auf die Straße, weil es wichtig ist Flagge zu zeigen und es Kraft gibt. Jetzt liegt der Ball wieder bei den Politiker*innen, denn durch die Abschaffung von Subventionen wie dem Dienstwagenprivileg oder der Dieselsubvention wäre genug Geld da, die Kommunen bei der Versorgung von Geflüchteten zu unterstützen. Wenn auch noch die Vermögens- und Erbschaftssteuer kommen würde, könnten Bürgergeld, Kindergeld, Klimageld, Renovierung von maroden Schulgebäuden und vieles mehr finanziert werden. Und die Opposition muss dringend ihren Talkshowpopulismus unterlassen!



Noa aus Münster:

Ich gehe gegen die AfD auf die Straße, um mich für die Menschen einzusetzen, die es selbst nicht können, und die als Erste unter den Folgen rechtsextremer Politik leiden.

Sommerakademie 2024 vom 30. Mai bis 1. Juni

Wann wird's mal wieder richtig Sommer?



Foto: attac.de

Die Attac-Sommerakademie ist in diesem Jahr zurück! Nach der Europäischen Sommeruni im Sommer 2022 und nachdem die Sommerakademie im vergangenen Jahr aus organisatorischen Gründen leider nicht stattfinden konnte, gibt es inzwischen nicht nur Zeit und Ort für die diesjährige SoAk – es wird schon fleißig am Programm gestrickt. Die Sommerakademie ist ein guter Ort, um Kontakte zu knüpfen, sich auszutauschen, gemeinsam zu lernen und zu disku-

tieren, Attac besser kennenzulernen und auch einfach ein paar spannende Tage im Frühsommer zu erleben.

Unter dem Motto »Das Desaster verhindern! Zukunft gestalten: Sozial.ökologisch.gerecht!« treffen wir uns vom 30. Mai bis 1. Juni in der Gesamtschule Richtsberg in Marburg. In Zeiten, in denen sich angesichts vieler Krisen oft Resignation breit macht, wollen wir die gegenwärtige Situation analysieren und überlegen, wie wir dazu beitragen können, eine konsequente sozial-ökologische Wende und ein »Gutes Leben für alle« zu erkämpfen – trotz alledem. Geplant sind Inputs und Workshops zu den drei Themenblöcken Ökonomie, Demokratie und Internationales. Durch aktivierende, teilnahmeorientierte Formate können diese Themen vertieft werden.

Die Auftaktveranstaltung »Warum zunehmende Ungleichheit nicht automatisch zu Widerstand führt – was können wir aus der Schwäche der gesellschaftlichen Linken lernen?« führt zur Weiterbearbeitung der drei Themenstränge entlang folgender Leitfragen:

Ökonomie/Ökologie: Wie soll sozial-ökologische Transformation aussehen und wie kommen wir dahin? Was kostet die Transformation, wer bezahlt und wie wird sie sozial abgesichert. Was soll vergesellschaftet werden? Welche Rolle spielt »Care«?

Demokratie: Wie der – internationalen – Bedrohung von rechts begegnen? Wie kann Demokratie ausgeweitet werden?

Internationales: Wie sortieren sich die globalen Krisen im Kampf um grünen und fossilistischen Kapitalismus? Welche Rolle spielt dabei China ökonomisch und politisch? Wie kommen wir zu einer tragfähigen Friedensordnung?

Für weitere Diskussionen und Anstöße, aktiv zu werden, bieten wir Barcamps an. Parallel zur SoAk findet außerdem auch die Aktionsakademie statt, bei der aktivistische Protestformen gelernt und unter anderem bei einer Aktion während der SoAk direkt ausprobiert werden können.

Die Anmeldung läuft ab Anfang März – wir freuen uns auf viele motivierte Teilnehmer*innen!

Signal gegen Rechts

#wirfahrenzusammen



Foto: Thomas Drillich

Auseinandersetzungen um Klimaneutralität mit sozialen Kämpfen zu verbinden, ist aktiver Antifaschismus in einer Zeit, wo AfD und Konsorten die Verunsicherung wegen der ökologischen Herausforderungen wie Wasser auf ihre

Mühlen lenken. Wie schon 2020 unterstützen Klimaaktivist*innen die Kolleg*innen bei Bus und Bahn von ihrem Kampf um bessere Arbeitsbedingungen. Bei immer mehr Fahrgästen und sinkender Personalzahl wächst der Stress der Beschäftigten. Ihre Arbeit hat sich immer mehr verdichtet. Daher kämpfen sie in der Tarifrunde TVN 2024 für Entlastung und bessere Arbeitsbedingungen.

Für eine klimagerechte Mobilitätswende braucht es eine Verdoppelung und qualitative Verbesserung des ÖPNV-Angebots. Die kann es aber nur geben, wenn die Arbeit beim ÖPNV attraktiver wird und sich genügend Fahrer*innen und Betreuungspersonal finden. Daher ist der Tarifkampf der 90.000 Beschäftigten in 15 Bundesländern nicht nur ein gewerkschaftlicher, sondern auch ein politischer Kampf um eine ökologische Zukunft der Mobilität. Ihm gilt unsere Unterstützung bei Streikaktionen vor Ort.

Um die Dominanz der Autolobby zu knacken und endlich Bussen und Bahnen den nötigen Vorrang bei der Mobilität zu geben, sind jährlich 16 bis 20 Milliarden an Investition für die Erweiterung des ÖPNV nötig. Die Ampelregierung wird dieses Geld nicht freiwillig zur Verfügung stellen.

Daher rufen Fridays for Future, Verdi, Attac und weitere Umwelt- und Sozialverbände für Freitag, den 1. März unter dem Motto »Gute Arbeit und Mobilität für alle« zum bundesweiten Klimastreik auf. In über 50 Städten wird es Demonstrationen geben, und in den Landeshauptstädten und in Berlin werden die Unterschriften der Petition an politisch Verantwortliche übergeben, die #wirfahrenzusammen seit Herbst in vielen Gesprächen auf der Straße und in Betrieben gesammelt hat. Eine Beteiligung am Klimastreik unterstützt den sozial-ökologischen Umbau und ist ein klares Signal gegen Rechts!

Menschen in Attac

Den Handelshebel umlegen!



Foto: attac.de

Helga Reimund, 62, war Architektin, arbeitet seit einigen Jahren als Heilpraktikerin für Psychotherapie und lebt in Berlin. Bei Attac ist sie vor allem zu Handelsthemen engagiert; wir haben mit ihr darüber gesprochen, warum.

Helga, du bist seit Ende 2014 bei Attac. Wie ist es dazu gekommen?

Ich bin damals in einem Artikel im »Freitag« auf das Thema Freihandelsabkommen gestoßen und habe erst da verstanden, was diese neoliberale Globalisierung tatsächlich bedeutet und wie sie funktioniert – und vor allem was für eine katastrophale Rolle Freihandelsabkommen dabei spielen. Die Bedeutung von Handelspolitik war dann für mich der Anlass, mich politisch auf dem Gebiet zu engagieren.

Warum sind Freihandelsabkommen für dich ein Hebel, den man politisch umlegen muss?

An erster Stelle stehen da natürlich die Konzernsonderklagerechte, mit denen demokratische Politik verhindert werden kann. Wenn man Regelungen einführt, die Gewinnmöglichkeiten von Konzernen einschränken, können die anschließenden Klagen der Konzerne so teuer werden, dass Politiker*innen davor zurückschrecken, Regeln zum Schutz von Mensch, Umwelt oder Klima zu verabschieden.

Alle Themen, die mir am Herzen liegen – Umwelt-, Klima-, Artenschutz, Menschenrechte, Demokratie, Rechte indigener Gemeinschaften, Verbraucher*innenschutz, Gesundheitsschutz – sind abhängig davon, dass die Freihandelspolitik geändert wird. Bisher walzt die falsche Handelspolitik, wie sie nicht nur die EU betreibt,

alle positiven transformatorischen Ansätze einfach platt.

Welche Gefahren gehen konkret vom EU-Chile-Abkommen aus, gegen das du dich zurzeit engagierst?

Die Atacama-Wüste ist eins der trockensten Gebiete der Erde; dennoch wird dort massenhaft Grundwasser für den Lithiumabbau verschwendet, der durch das Abkommen noch intensiviert werden wird. In dem Gebiet leben die Atacameños, eine indigene Gemeinschaft. Sie sind jetzt schon durch den Grundwasserabfall kaum in der Lage, ihre Äcker und Gärten zu bestellen. Würde der Lithiumabbau wie geplant noch ausgebaut, verlören sie ihre Lebensgrundlage. Außerdem leben dort unterschiedliche Arten von Flamingos, deren Existenz durch das Abkommen gefährdet ist. Und das alles, weil wir angeblich stetig mehr Lithium brauchen, vor allem für Autobatterien. Letztlich ist es aber so, dass die Autoindustrie dieses Lithium braucht, weil sie damit die billigsten Batterien herstellen kann.

Aber brauchen wir diese Batterien nicht für E-Mobilität und Klimaschutz?

Da müssen zwei Punkte unterschieden werden. Der erste: Wir brauchen grundsätzlich eine Mobilitätswende – und das bedeutet nicht in erster Linie einen Umstieg von Verbrenner- zu Elektro-Motoren, sondern von Individualverkehr hin zu öffentlichem Verkehr. Dort müsste in großem Umfang investiert werden, statt weiterhin viel Geld in Autobahnen zu stecken.

Der zweite Punkt ist: Es braucht eine Alternative zu Lithiumbatterien. Ein chinesischer Autohersteller produziert inzwischen das erste E-Auto mit Natriumbatterie in Serie. Es bleibt zu hoffen, dass Deutschland bald nachziehen wird, aber noch ist es für die deutschen Autokonzerne leichter, auf Lithium zurückzugreifen. Noch haben diese Batterien auch eine größere Reichweite und ein geringeres Gewicht, aber mit entsprechenden Investitionen in die Forschung würde sich das schnell ändern.

Ein weiterer Vorwurf der Kampagne richtet sich gegen den neokolonialen Charakter des Abkommens. Worin zeigt sich der?

In der Norm 169 der ILO (Internationale Arbeitsorganisation der UN) ist festgelegt, dass indigene Gemeinschaften freiwillig und informiert zustimmen müssen, bevor auf ihrem Land z.B. mit den dort vorhandenen Ressourcen etwas geschieht. Auch Chile hat diese Norm ratifiziert, aber für Lithiumabbau ist eine Abstimmung mit indigenen Gemeinschaften nicht vorgesehen. Damit schreibt sich die historische Plünderung indigener Rohstoffe fort. Außerdem ist in dem Abkommen festgehalten, dass das geförderte Lithium an chilenische Unternehmen nicht günstiger abgegeben werden darf als an EU-Unternehmen. So wird die Wettbewerbsfähigkeit der chilenischen Unternehmen verhindert. Wie bei jedem Wirtschaftsabkommen setzen sich die wirtschaftlich starken Staaten durch, die schwächeren haben das Nachsehen und werden in den primären Sektor gedrängt, wo Rohstoffe verkauft, aber nicht verarbeitet werden. Das führt zu einer geringeren Wertschöpfung, denn der Gewinn wird nicht hauptsächlich beim Verkauf, sondern bei der Verarbeitung gemacht.

Wie geht es mit dem Abkommen jetzt weiter?

Am 26. Januar hat sich der Handelsausschuss der EU leider erwartungsgemäß für die Ratifizierung des Abkommens ausgesprochen. Die Abstimmung des EU-Parlaments soll Ende Februar geschehen. Damit tritt der Handelsteil in Kraft. Um das komplette Abkommen in Kraft zu setzen, müssen dann noch alle 27 Mitgliedstaaten ratifizieren. Es wird leider nicht das letzte solche Abkommen sein. Wir bleiben dran, für eine gerechte Handelspolitik und hoffen, dass viele mitmachen. Handelsabkommen sind ein mächtiger politischer Hebel; schaffen wir es, ihn umzulegen, öffnet das den Weg für positive Veränderungen!

Attac-Bildungsmaterial zu Bitcoin & Co



Beim »Planspiel Börse« der Sparkassen werden Schüler*innen an den Handel mit sogenannten Kryptowährungen herangeführt. Auch in den Sozialen Medien ist das Thema sehr präsent. So überrascht es nicht, dass Investitionen in Krypto laut einer Befragung des Unternehmens Statista insbesondere unter jungen Menschen verbreitet sind. Manchen hoffen, mit Krypto das schnelle Geld machen zu können, andere glauben an die Erzählungen von der besseren Alternative zu herkömmlichem Geld.

Tatsächlich handelt es sich bei Krypto aber nicht um Währungen, sondern um hochrisikante Spekulationsobjekte mit einer struktu-

rellen Ähnlichkeit zu Schneeballsystemen, die im Falle von Bitcoin zudem eine verheerende Klimabilanz haben. Mit dem Bildungsmaterial »Krypto – Der Traum vom schnellen Geld« trägt Attac daher zu einer kritischen Reflexion des Phänomens bei.

Das achte Bildungsmaterial aus der Reihe »Wirtschaft demokratisch gestalten lernen« kann im Unterricht (ab Sekundarstufe I mit Schwerpunkt Sekundarstufe II) und in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung eingesetzt werden. Neben der spielerischen Simulation einer neuen Kryptowährung enthält es Interviews mit dem Technikexperten Jürgen Geuter (alias tante) und dem Geld- und Krypto-Experten der Oesterreichischen Nationalbank Beat Weber zur Funktionsweise von Krypto. Zudem gibt es Arbeitsblätter zur kritischen Reflexion von Social-Media-Beiträgen, zu den ökologischen Folgen des Bitcoins sowie zu ideologischen Mythen rund um das Thema Krypto.

Bei der Entwicklung der Materialien wurde wieder besonderer Wert auf aktivierende Methoden und kooperative Lernformen gelegt. Die zahlreichen Quellen und Infotexte eignen sich aber auch gut als Einstieg für Interessierte, die sich selbst in das Thema Krypto einlesen wollen.

Das rund 50 Seiten umfassende PDF-Dokument steht zum kostenlosen Download auf attac.de/bima bereit.

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:

Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.

Münchener Str. 48

60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-900 281-10

Fax: 069-900 281-99

E-Mail: info@attac.de

Produktion: Attac Trägerverein e. V.

Redaktion:

Judith Amler, Jule Axmann,

Frauke Distelrath, Achim Heier,

Albrecht Stöffler, Lena Zoll

V.i.S.d.P.: Frauke Distelrath

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.

Tel. 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO₂-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Zivilgesellschaft stärken – für eine solidarische Gesellschaft!

Mehr als eine Million Menschen ist in den vergangenen Wochen auf die Straße gegangen. Diese Reaktion auf das bekannt gewordene Geheimtreffen zwischen finanzstarken Industriellen, Rechtsradikalen, AfD-Mitgliedern und anderen ist ein ermutigendes Signal: Der Schutz der Demokratie und eine offene, tolerante Gesellschaft ist vielen Menschen ein dringendes Anliegen. Doch solche Signale reichen nicht. Es gilt, auch von den Regierungsparteien eine soziale, diskriminierungsfreie Politik zu fordern. Erst kürzlich hat die Ampel selbst, die sich gern auf Veranstaltungen gegen die AfD sehen lässt, die Asylregelungen verschärft (siehe Seite 5). Es gilt außerdem, auch für eine gerechte internationale (Handels-)Politik einzutreten und neo-koloniale Ausbeutungsverhältnisse zu bekämpfen. Zum

Dritten gilt es, einzutreten für eine sozial-ökologische Wende – und dafür, dass sie sozial gestaltet ist, um von oben nach unten umzuverteilen. Deshalb belässt es Attac nicht dabei, bei großen Protesten dabei zu sein, sondern mischt sich auf all diesen Gebieten ein – hartnäckig, unbequem und kontinuierlich.

Doch gerade jetzt wird es bei Attac finanziell eng. In Hinblick auf die finanzielle Situation und die Politikmüdigkeit vieler Menschen ist das verständlich, in Hinblick auf eine starke Zivilgesellschaft, die das wichtigste Bollwerk gegen rechts ist, besorgniserregend. Deshalb bitten wir an dieser Stelle um eine Spende, um das Engagement von Attac zu sichern. Jeder Beitrag stärkt die »Brandmauer«, die die Zivilgesellschaft um die Demokratie errichten kann – herzlichen Dank!

JETZT
ERST
RECHT

Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. Dennoch ist uns die Gemeinnützigkeit entzogen worden, mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch. Dagegen haben wir Verfassungsklage eingereicht. Derzeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter:
attac.de/jetzt-erst-recht

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF2401

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE